

# Eltern-Brief

**SEB·KT**

Elternbeirat  
der städtischen  
Kindertagesstätten  
Wiesbaden

Januar 2012

Kinderbetreuung in Wiesbaden 2012 ff:

## Mehr Krippenplätze – höhere Beiträge – Abschaffung der Hortplätze

Zunächst die gute Nachricht: Die Zahl der Krippenplätze in Wiesbaden soll bedarfsgerecht ausgebaut werden. D.h. nicht nur für 30% der Kinder unter drei Jahren, wie von der Bundesregierung vorgegeben, sondern für rd. 50 % sollen Plätze geschaffen werden. Dies entspricht dem Bedarf, wie er in der repräsentativen Befragung der Eltern mit Kindern unter Drei ermittelt wurde. Damit schützt sich die Stadt vor möglichen Gerichtsverfahren, wenn 2013 der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige in Kraft tritt.

Nun zu den schlechten Nachrichten:

**Erstens:** Die Eltern werden stärker zur Finanzierung der Kinderbetreuung herangezogen. Mit einer deutlichen Beitragserhöhung (Krippenplatz + 31%, alle andere Plätze +15%) sollen insgesamt ca. 3 Mio. Euro in die Stadtkasse gespült werden.

**Zweitens:** Alle Hortplätze in Kindertagesstätten sollen abgeschafft werden, um Platz für die neuen Krippenplätze zu schaffen. Als Ersatz sollen Betreuungsplätze an Grundschulen eingerichtet werden – in erster Linie durch Eltern- und Fördervereine.

Bei dieser Verschiebung werden die Betreuungsstandards spürbar abgesenkt. Insbesondere beim zentralen Faktor der Kinderbetreuung, dem Fachpersonal, ist die Finanzierung durch die Stadt erheblich geringer! Für 20 Schulkinder gibt es in einem städtischen Hort 1,7 Erzieherinnen; die Elternvereine erhalten nur Zuschüsse im Gegenwert von 0,7 Stellen.

Die Abschaffung der Horte führt zu einem weiteren Rückzug der Stadt aus der Verantwortung für die Betreuung der Schulkinder und zur verstärkten Abwälzung auf die Eltern.

Der Stadtelternbeirat hat sich mit all diesen Maßnahmen ausführlich auseinandergesetzt und mit den zuständigen Dezernenten gesprochen. Die Positionen zu den einzelnen Punkten sind auf der neuen Internetseite des SEB-KT zu finden: [www.seb-kt.de](http://www.seb-kt.de).

## Elternbefragung – nur Teilergebnisse vorgelegt

Vor ca. einem Jahr lief die Befragung der Eltern zur Kinderbetreuung. In drei Stufen jeweils für Krippen-, Elementar- und Schulkinder wurden die Eltern zur Situation in Wiesbaden, ihrem Betreuungsbedarf und ihrer Beurteilung des Angebotes befragt.

Die Befragungsergebnisse zum Krippenbereich (Kinder < 3 Jahre) wurden relativ schnell veröffentlicht und lagen schon im Frühjahr 2011 vor. Sie schlugen sich in den Ausbauplänen nieder.

Die übrigen Resultate lassen aber auf sich warten.

**Insbesondere für die Schulkinderbetreuung wäre es aber wichtig, endlich den tatsächlichen Bedarf zu kennen – in Bezug auf die benötigten Plätze wie auf die Betreuungsqualität!!**

## Inhalt

**S. 1: Kinderbetreuung in Wi**

**S. 2.: Höhere Kita-Beträge:**

**S. 3.: SEB-KT konstituiert**

**S. 3: Abschaffung der Horte**

# Erhöhung der Elternbeiträge für die Kinderbetreuung

Die CDU/SPD-Koalition hat im Frühjahr 2011 festgelegt, dass die Beiträge der Eltern für den Besuch ihrer Kinder in Kitas erhöht werden sollen, um den Ausbau an Krippenplätzen (teilweise) zu finanzieren. Für Krippenplätze müssen ca. 31%, für Elementar- und Hortplätze rd. 15% mehr gezahlt werden. Immerhin bleiben Geschwisterreduzierung und Ermäßigung für Geringverdiener erhalten.

Mit dem 1.1.2012 als Stichtag, war für die Erhöhung als einzige Maßnahme ein konkreter Termin gesetzt worden. Die Gegenleistung, der Ausbau, wurde inzwischen „zeitlich gestreckt“. D.h. die angekündigten 1.500 Krippenplätze kommen später.

**D**afür hat man sich noch etwas Neues einfallen lassen: mit der Erhöhung wird die Beitragsbefreiung für eine Halbtagsnutzung (bis 12 Uhr) auf die Krippe und das 1. Kindergartenjahr ausgedehnt. Eine Maßnahme, deren Sinn sich nicht erschließt, höchstens als Versuch die Öffentlichkeit zu beruhigen und um die Beitragserhöhung besser verkaufen zu können.

Statt eines langfristigen und in sich geschlossenen Konzeptes, erleben wir einen Zick-Zack-Kurs mit teilweisen Beitragsbefreiungen und drastischen Erhöhungen. Eine sinnvolle, gar gerechte Gebührenstruktur entsteht so nicht. Im Gegenteil:

- Die reale Nutzung geht eindeutig in Richtung einer längeren täglichen Verweildauer der Kinder in den Einrichtungen. Vor diesem Hintergrund wirkt die Beitragsbefreiung bis 12 Uhr wie ein Lockangebot im Supermarkt – wenige Exemplare eines stark reduzierten Artikels sollen die Leute ins Geschäft locken. Hier heißt dies: nur Wenige werden entlastet.
- Die angestrebte Gebührenstruktur birgt umgekehrt die Gefahr, dass hier Anreize für eine verkürzte Nutzung geschaffen werden, dies umso mehr, je stärker der Beitragssprung für eine Nutzung über 12:00 Uhr hinaus ist. Die Förderung der Entwicklung gerade von Kindern, die vom

Besuch der Betreuungseinrichtungen besonders profitieren, wird so behindert.

- Die pädagogische Arbeit ist nicht auf den Vormittag zentriert, Lerneffekte der Kinder z.B. beim gemeinsamen Mittagessen sind ungemein wichtig - nicht zuletzt für die soziale Entwicklung unserer Kinder.
- Ein weiterer Zeitpunkt für die Abholung der Kinder um 12:00 Uhr ist eine zusätzliche, empfindliche Störung der Tagesabläufe, die wichtige Rituale zerstört.

Die Befreiung von Beiträgen bis 12 Uhr ist auch deshalb unsinnig, weil dann bei längerer Betreuung abrupt die ganze Beitragslast anfällt. Wer ein Kind z.B. bis 13:00 Uhr in der Krippe hat, zahlt faktisch für die Stunde von 12:00 bis 13:00 künftig 250.- Euro!

**G**egen diese Gebührenstruktur hat auch die Industrie- und Handelskammer protestiert. Die geplante Neuregelung konterkariere die Bemühungen der Betriebe um eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf und setze zudem falsche Anreize.

Protest kam auch von verschiedenen Trägern. Insbesondere die Absicht, eine erst im Dezember beschlossene Erhöhung schon ab dem 1.1. 2012 gelten zu lassen, stellte diese Träger vor unlösbare Probleme. Offensichtlich haben die Verantwortlichen der Kommunalpolitik mit ihnen nicht rechtzeitig gesprochen.

**F**ür den Stadtelternteil ist Kinderbetreuung im Sinne von Bildung, Erziehung und Betreuung in öffentlichen Kindertagesstätten eine wichtige Ergänzung zur Familie. Sie ist heute ein unverzichtbarer Teil der sozialen Infrastruktur und Teil des Bildungssystems gemäß des hessischen Mottos „Bildung und Erziehung von Anfang an“. Wir ergänzen: „für alle und zu fairen und sozial gerechten Konditionen“.

Grundsätzlich halten wir am Ziel der Beitragsfreiheit fest, gerade weil wir Kinderbetreuungseinrichtungen als Teil des Bildungssystems verstehen.

Völlig ungelöst sind die Fragen der Beiträge in den Eltern- und Fördervereinen an Grundschulen. Hier gibt es noch immer keine Regelung zur Gebührenreduzierung für Geschwisterkinder und für Geringverdienende. Auch wenn verschiedene Vereine sich um Unterstützung in Einzelfällen bemühen – hier zeigt sich der Rückzug der Stadt aus der Verantwortung für die Schulkinderbetreuung.

Die jetzt von der Stadt geplanten Beitragssteigerungen für die KT's fallen zudem in eine Zeit von Gebühren- und Beitragsanhebungen in vielen Bereichen, die gerade auch Familien finanziell immer stärker belasten.

**Vor diesem Hintergrund spricht sich der SEB-KT gegen die geplante Erhöhung der Kinderbetreuungsbeiträge aus.**

---

## Abschaffung der Horte – Senkung der Betreuungsstandards

Im Rahmen des Krippenausbaus will die Koalition die in den Kindertagesstätten vorhandenen Hortplätze schließen, vordergründig um Platz für die Betreuung der Kleinsten zu schaffen.

Als Ersatz sollen an Grundschulen zusätzliche Plätze - in erster Linie durch Eltern- und Fördervereine - bereitgestellt werden. Nachrangig, wenn die Vereine kein oder kein ausreichendes Angebot gewährleisten können, soll es ein Angebot in städtischer Regie (Stadt od. freier Träger) geben.

Die Elternvereine werden zur 1. Säule der Schulkinderbetreuung gemacht, ohne dass man zuvor überhaupt mit den Vereinen gesprochen hätte, ohne sie gefragt zu haben, ob sie die Aufgabe überhaupt schultern können und wollen. Die Vereine haben inzwischen dagegen protestiert und klargestellt, dass viele bereits heute weit mehr leisten, als das, wozu sie ursprünglich angetreten waren. Unter den heutigen Umständen betrachten sich viele Vereine schon mit den derzeitigen Aufgaben überfordert und sehen sich nicht in der Lage, die Verantwortung für die gesamte Schulkinderbetreuung zu übernehmen.

Diese Situation ist Folge des Rückzuges der Stadt aus der Schulkinderbetreuung. Schon seit Jahren werden die dringend benötigten neuen Plätze für Schulkinder nur noch in Eltern- und Fördervereinen bewilligt. Nun sollen auch die bestehenden Hortplätze in die Vereine oder – wenn's gar nicht anders geht – in eine neue sogenannten „3.Säule“ überführt werden.

Das Problem dabei: Die Vereine erhalten nur Finanzausschüsse von der Stadt, die wesentlich geringeren Qualitätsstandards entsprechen, als sie in unseren Horten vorgeschrieben sind. Auch die 3. Säule wird den Hortstandard nicht erreichen.

Hintergrund ist, dass für Betreuung in Kindertagesstätten und Betreuung an Schulen unterschiedlich Rechtsnormen gelten.

- Fortsetzung S.4

### Der Stadtelternbeirat konstituiert

Im Oktober hat sich der Stadtelternbeirat der städtischen Kindertagesstätten zum neuen Kita-Jahr konstituiert und seinen Vorstand gewählt. Im Amt bestätigt wurde **Christoph Leng** als Vorsitzender (KT Breckenheim), neue Stellvertreterin ist **Susanne von Albedyhl** (KT Europaviertel). Wiedergewählt wurde auch **Claudia Wenzel** als Kassiererin (KT Münchner Str.).

Der SEB-KT ist die Vertretung der Eltern und Kinder in den Kindertagesstätten der Stadt Wiesbaden. Aus dem Elternbeirat jeder Kita wird ein/e Vertreter/in für ein Jahr in den Stadtelternbeirat (SEB-KT) delegiert. In regelmäßigen Sitzungen, die in den verschiedenen Kitas stattfinden, werden Themen besprochen, die die Kinder und Eltern in den Kitas betreffen. Dabei geht es u.a. um

- Fragen rund um die Entwicklungen von Kindern und die Qualität der Kinderbetreuung
- Gespräche mit Verantwortlichen (Dezernent/in, Abteilung Kindertagesstätten, Kita-Leitungen, Fachreferent/innen) und politischen Entscheidungsträgern
- Stellungnahmen und Aktivitäten zu allen wichtigen Fragen
- Informationsaustausch untereinander
- Unterstützung der Elternbeiräte in den Kitas

An Schulen gilt das hessische Schulgesetz, das keine Qualitätsvorschriften für Kinderbetreuung enthält. Diese Leerstelle hat die Wiesbadener Kommunalpolitik genutzt, um geringere Standards einzuführen – ohne große Diskussion mit den Eltern, versteht sich.

In der zentralen Größe für die Betreuungsqualität, der Anzahl und Ausbildung des eingesetzten Personals, wurden wesentlich niedrigere Sollwerte festgesetzt. In städtischen Horten sind z.B. 1,7 ErzieherInnen für 15 – 20 Hortkinder da, die Vereine erhalten nur Geld für 0,7 Fachkräfte bei gleich vielen Kindern. Mit steigender Zahl betreuter Kinder wird diese Diskrepanz größer. Bei 50 Kindern entspricht der Personalkostenzuschuss an die Verein 1,7 Stellen – in unseren Horten gibt's da 4,25 Stellen.

Eine pädagogische Begründung für diese Minderung hat man nicht für nötig gehalten. Und die Elternvereine müssen sehen, wie sie die so entstehenden Lücken auffüllen.

Weder die Leitung der konkreten Betreuungsarbeit, noch das Management der gesamten Aufgaben kann ehrenamtlich noch wirklich zufriedenstellend geleistet werden. Aber genau dies ist das Konzept hinter der Politik der Schulkinderbetreuung seit 2006: Der eklatante Mangel an Betreuung erzwingt das Engagement der Eltern, das immer stärker ausgenutzt wird.

Den ehrenamtlich engagierten Eltern wird die Verantwortung für Betreuung, für's Personal und für die heiklen Entscheidungen im Alltag aufgedrückt, z.B. wer bekommt einen der zu wenigen Betreuungsplätze? Wem wird eine Absage erteilt? Oder noch mehr Kinder aufnehmen zu Lasten der Betreuungsqualität?

Zwar sind die städtischen Zuschüsse heute deutlich höher als in früheren Jahren, als das Geld für die Elternvereine zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben war

In der Praxis bestimmen die konkreten Gegebenheiten vor Ort, u.a. wer sich in den Vereinen engagieren kann oder welche Räume vorhanden sind, welche Betreuung angeboten werden kann. Von einer Vergleichbarkeit der Angebote und damit von Chancengleichheit kann keine Rede sein.

Die Qualität der Kinderbetreuung darf aber nicht davon abhängen, in welchen Schulbezirksgrenzen ein Kind zufällig wohnt!

**Der Stadtelternbeirat lehnt die Reduzierung der Qualitätsstandards in der Schulkinderbetreuung und die Abwälzung der Verantwortung auf die Eltern ab. Unabhängig von der Trägerschaft von Betreuungsangeboten müssen die gleichen Qualitätsstandards für Schulkinder gelten und öffentlich finanziert werden. Entsprechend der in den Horten der Kindertagesstätten geltenden Richtlinien. Schließlich sind es die gleichen Kinder!**

## **Betreuungsqualität erhalten**

### **Forderungen zur Schulkinderbetreuung**

Erhalt der Betreuungsqualität für Schulkinder nach den Kriterien der Mindestverordnung unabhängig vom Träger, d.h. vor allem:

- die Beschäftigung von ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern
- einen Personalschlüssel von mindestens 1,5 Fachkräften pro 15 - 20 Kindern
- Pädagogische Leitung durch eine Fachkraft als Verantwortliche für die Umsetzung professioneller Betreuungsstandards (pädagogisches Konzept, Bildungsplan)
- verlässliche Öffnungszeiten auch in allen Ferien
- Freizeit- und Bildungsangebote in adäquaten Räumen (z.B. Atelier, Werkstatt/Töpferei, Turnraum, Kinderkonferenz, etc.)
- qualifizierte Hausaufgabenbetreuung zur Verbesserung der Chancengleichheit
- Festschreibung der Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte der Eltern bei allen Formen der Kinderbetreuung mindestens entsprechend den derzeit geltenden Regelungen für Kindertagesstätten